



NEWSLETTER 10/2020

FORUM | MIGRATION



© Maren Winter – stock.adobe.com

Hilfe für Moria

Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos waren über 10.000 Menschen obdachlos. Die Regierung in Athen machte schon bald klar: Sie wird ein neues, geschlossenes Lager auf Lesbos bauen. Auch Gewerkschaften schalteten sich ein und forderten eine Evakuierung des Lagers.

„Dass Europa seit Jahren zuschaut, ist beschämend“, sagte der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann. Die Politik des gezielten Wegsehens müsse endlich ein Ende haben. „Deutschland und Europa müssen ihrer humanitären Verantwortung nachkommen. Dafür braucht es eine europäische Flüchtlingspolitik, die ihren Namen verdient.“ In Deutschland heiße das, zu allererst dafür zu sorgen, dass den Menschen, die im Lager von Moria alles verloren haben, Aufnahme gewährt wird, so Hoffmann.

Die Bereitschaft dazu existiere – wie etwa die Initiative „Sichere Häfen“ deutlich mache, in der sich inzwischen mehr als 130 deutsche Städte und Kommunen zusammengetan haben, um Menschen auf der Flucht aufzunehmen und Schutz zu gewähren, so Hoffmann.

ver.di forderte die Bundesregierung auf, die Verweigerungshaltung aufzugeben. „Moria war nie ein sicherer Ort, sondern eine Schande für Europa“, sagte der ver.di Vorsitzende Frank Werneke. 13.000 Menschen hätten ihr letztes Hab und Gut verloren und müssten jetzt gerettet werden. „Es ist genug Platz da. Bundesinnenminister Seehofer muss jetzt seine Blockade aufgeben, die Große Koalition muss handeln – ohne Wenn und Aber.“

Europas Regierungen müssten die Opfer der Brandkatastrophe dringend umsiedeln, heißt es auch in einer Stellungnahme des Europäischen Gewerkschaftsbundes ETUC. Die seit März 2020 durch eine Reihe von EU-Staaten laufenden Umsiedlungen zeigten, dass diese „sicher und erfolgreich“ ablaufen können. ETUC unterzeichnete einen entsprechenden Appell von dutzenden Menschenrechtsorganisationen aus ganz Europa.



Statement ETUC: <https://bit.ly/3iCQnEu>



Offener Brief Bürgermeister_innen: <https://bit.ly/3c12by0>



Offener Brief Hilfsorganisationen: <https://bit.ly/2FD1xLI>

INHALT 10/2020

Hilfe für Moria	1
2019 erneut deutlich mehr Abschlüsse anerkannt als im Vorjahr	2
Anerkennungs-News	2
Jede_r vierte war in Flüchtlingshilfe aktiv	3
Populisten nicht mehr populär	3
So nutzen junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Medien	3
News + Termine	4
Alles Rassisten? Eine neuartige Maßlosigkeit in der Rassismuskritik – Kommentar von Levent Tezcan, Professor an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster	5



2019 erneut deutlich mehr Abschlüsse anerkannt als im Vorjahr

Im Jahr 2019 wurden bundesweit 42.500 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt. Das gab das Statistische Bundesamt bekannt.

Rund zwei Drittel davon (27.700) waren Abschlüsse in Gesundheitsberufen. Damit erhöhte sich die Zahl der anerkannten Abschlüsse in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent – 2018 waren es 22.300. Das Gros der Anerkennungen in den Medizin-Berufen (15.500) entfiel auf Pfleger_innen. Seit 2016 (5.600) hat sich die Zahl der Anerkennungen in diesem Beruf annähernd verdreifacht. Die Pfleger_innen stammten vielfach von den Philippinen (2.900), aus Bosnien und Herzegowina (2.300) und Albanien (1.300). Der zweithäufigste anerkannte Beruf war Arzt/Ärztin, aus dieser Gruppe waren 2019 insgesamt 7.400 Anträge erfolgreich.

Zu den am häufigsten anerkannten Berufen zählten weiterhin Ingenieur_in (2.800), Lehrer_in (2.000) und Erzieher_in mit 900 Anerkennungen.

Insgesamt waren Syrer_innen (4.100) die größte Gruppe der Antragsteller_innen, deren Abschlüsse anerkannt wurden. Gegenüber 2018 (4.800) ging ihre Zahl allerdings um rund ein Sechstel zurück. Das liegt daran, dass die meisten von ihnen 2015/2016 einreisten und viele in den folgenden Jahren Anträge stellten. Heute kommen kaum noch Syrer_innen nach. Weiter folgten, über alle Berufsgruppen gerechnet, Abschlüsse aus Bosnien und Herzegowina (3.500), den Philippinen (3.000), Serbien (2.900), Polen (2.100) und Rumänien (2.100). Den mit Abstand größten Zugewinn verzeichneten Anerkennungen von Berufsabschlüssen aus den Philippinen (+1.700) – aus diesem Land werden verstärkt Fachkräfte abgeworben.

Insgesamt wurden 2019 rund 57.300 Anträge bearbeitet, 58 Prozent waren von Frauen gestellt worden.

Der anhaltende Anstieg der Anerkennungen ist regional sehr unterschiedlich verteilt. In einem Teil der ostdeutschen Bundesländer sind die Zuwächse merklich langsamer. In Sachsen-Anhalt beispielsweise sind im vergangenen Jahr insgesamt 420 Verfahren auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse abgeschlossen worden. Dies entsprach einem Zuwachs von nur 6,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr – also nur ein Drittel der Zunahme im bundesweiten Schnitt. Auch hier endeten die meisten der Verfahren mit einem positiven Bescheid: 387 berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt.

Anerkennungs-News

Großbritannien: Uni-Abschlüsse sollen nach Brexit nicht mehr in EU gelten

Die EU-Kommission rechnet mit „Verwerfungen“, falls es nach dem Brexit zum 1. Januar 2021 keine Handelsvereinbarung geben sollte. Die Behörde schreibt in einer Analyse, es entstünden „Unsicherheiten für Bürger, Unternehmen, Studenten und Forscher“. Demnach soll es aber auch mit einem Abkommen drastische Änderungen geben. Neben der Aufhebung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Studenten sollen auch britische Uni-Abschlüsse nicht mehr automatisch gelten. Für bereits anerkannte Berufsqualifikationen bleibt die Anerkennung auch nach dem Brexit gültig. Berufsqualifikationen, die im Vereinigten Königreich nach dem 31. Dezember 2020 abgeschlossen werden, können auch weiterhin in Deutschland anerkannt werden. Die Anerkennung erfolgt dann voraussichtlich nach den nationalen Regelungen für Berufsqualifikationen aus Drittstaaten. Dies hängt davon ab, ob und welche Regelungen für die Anerkennung während des Übergangszeitraums vereinbart werden.

Neue Themendossiers zur Anerkennung

Wie stehen die Chancen, dass mein Berufsabschluss in Deutschland anerkannt wird? Welche Wege gibt es, um in Deutschland meiner Qualifikation entsprechend zu arbeiten? Diese und weitere Fragen beantworten neue Themendossiers zur Berufsanerkennung, die das IQ-Programm ab jetzt zu ausgewählten Berufen herausgibt. Die Dossiers erscheinen als PDF in Deutsch, Englisch, Arabisch, Russisch und Farsi und stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung. Die Reihe beginnt mit Dossiers für Lehrer_innen sowie für Elektroniker_innen. Weitere Dossiers zu Ingenieur_innen und Pflegefachkräften sind in Arbeit.

 <https://bit.ly/3huqsxy>

Indien, Malaysia und Indonesien: Brandenburg hofft auf 1.600 Fachkräfte von außerhalb der EU

Das Land Brandenburg setzt zur Gewinnung von Fachkräften auf Menschen aus anderen Weltregionen. „Potenziell gehen wir von ungefähr 1.600 Fachkräften per annum aus, die über das seit März geltende Fachkräftezuwanderungsgesetz ins Bundesland kommen könnten“, sagte Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD). Es gebe derzeit Nachfrage aus Indien, Malaysia und Indonesien, vor allem im Gaststättenbereich. Steinbach sagte auch, dass sich damit allein das Problem des Fachkräftemangels nicht lösen lassen werde. Bis 2030 rechne er mit einem Rückgang der Zahl Erwerbs-

tätiger im Land von rund 210.000. „Zentral bleibt, dass unsere Unternehmen weiter ausbilden“, sagte Steinbach. Er verwies aber darauf, dass 43 Prozent der Fachkräftestellen in Brandenburger Betrieben im ersten Halbjahr 2019 vakant waren. Die Wirtschaftsförderung Brandenburg hat eine Agentur namens International Talent Service eingerichtet, die Unternehmen und Fachkräfte berät. Eine zentrale Ausländerbehörde, die vom 1. Oktober 2020 an beim Landkreis Dahme-Spreewald angesiedelt ist, soll sich um ein beschleunigtes Fachkräfteverfahren kümmern.

FDP will Anwerbe-gesetz für 500.000 neue Fachkräfte pro Jahr

Die FDP-Fraktion im Bundestag hat in einem Antrag ein umfassendes Einwanderungsgesetz mit dem Ziel gefordert, künftig pro Jahr 500.000 ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt anzuwerben. „Wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen, brauchen wir mindestens eine halbe Million Einwanderer pro Jahr“, sagt FDP-Fraktionsvize und Haushaltspolitiker Christian Dürr. Auf Grundlage des im März 2020 in Kraft getretenen Fachkräftezuwanderungsgesetzes hatte die Bundesregierung mit etwa 50.000 Einreisen pro Jahr gerechnet. Ob dies auch nach der Coronapandemie angesichts der weiter hohen Hürden erreicht wird, ist offen.

Porträts zum Thema Schwierigkeiten bei Anerkennung

Zeugnisse nicht greifbar, Studium nur teilweise anerkannt, Abi-Note knapp unter dem Schnitt: „Campus“, die Uni-Beilage der Zeit, hat junge Migrant_innen und Flüchtlinge dazu befragt, mit welchen Hürden sie bei der Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse zu kämpfen hatten.

 <https://bit.ly/2FMuwMc>

Interaktive Karte zeigt, wo sich Fachkräfte aus dem Ausland in Deutschland ansiedeln

Die Arbeitsagentur und das Institut der Deutschen Wirtschaft haben eine interaktive Karte erstellt, die zeigt, wo sich Ausländer_innen zum Arbeiten in Deutschland angesiedelt haben. Besonders der Süden ist demnach beliebt. So haben sich seit 2004 im bayrischen Landkreis Freyung-Grafenau 510 Menschen je 10.000 Beschäftigte aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern angesiedelt. Im schleswig-holsteinischen Landkreis Rendsburg-Eckernförde waren es im selben Zeitraum nur 54,6.

 <https://bit.ly/3mrl0iu>



Jede_r vierte war in Flüchtlingshilfe aktiv

Ende 2017 stellte das Allensbach-Institut fest, dass 11 Prozent der über 16-Jährigen in Deutschland sich aktiv in der Flüchtlingshilfe engagieren. Das war ein enorm hoher Wert, rund zwei Jahre nach der Ankunft der meisten heute in Deutschland lebenden Flüchtlinge 2015. Damals war die Begeisterung für die „Willkommenskultur“ so weit gegangen, dass ein ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter später beantragte, die UN-Kulturorganisation Unesco möge die deutsche „Willkommenskultur“ in ihre Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufnehmen. Wie sieht es heute aus?

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat dazu zwei Teilstudien in Auftrag gegeben, die der Frage

nachgehen sollten, was Menschen dazu bewegt, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren. Anfang September stellte das Sozialwissenschaftliche Institut der EKD erste Ergebnisse der repräsentativen Befragung von rund 2.100 Menschen vor. Rund ein Viertel der Befragten gab demnach an, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren oder engagiert zu haben. Eine leichte Mehrheit (53 Prozent) waren weiblich. Dabei waren vor allem Frauen über 70 Jahre in der Flüchtlingshilfe aktiv. Sie leisten konkrete Hilfe, unterrichten Deutsch oder begleiten bei Behördengängen. Die Studie zeigt weiterhin, dass die Engagierten ein überdurchschnittlich hohes Bildungsniveau haben: 53 Prozent hatten Abitur oder studiert. Ihre eigene wirtschaftliche Lage schätzen die Engagierten überwiegend positiv ein – ganze 77 Prozent bewerteten diese als „gut“ oder „sehr gut“.

Weiterhin untersuchten die Forscher_innen, ob die Stimmung in Sachen Flüchtlingsaufnahme seit 2015 tatsächlich gekippt ist und was das für die Solidaritätsarbeit bedeutet. In sieben „Wellen“; zwischen 2015 und 2019 wurden von ihnen auch dazu mehrere tausend Menschen befragt. Dabei kam unter anderem heraus, dass der Anteil derer, die glauben, dass Deutschland die Herausforderungen durch die Aufnahme der Flüchtlinge bewältigen kann stabil bei einem Drittel geblieben ist (2015: 33%, 2019: 34%). Der Anteil der Unentschiedenen schrumpfte im selben Zeitraum von 27 auf 19 Prozent, entsprechend wuchs der Anteil der Sceptiker von 39 auf 47 Prozent.

Ergebnisse der EKD-Studie: <https://bit.ly/2FFy03d>

Populisten nicht mehr populär

Für Politiker_innen von der AfD, dem Rassemblement National in Frankreich, der Lega in Italien oder der FPÖ war es lange ausgemachte Sache: Der Zuwachs an Stimmen, den ihre Parteien in den vergangenen Jahren verzeichnet hatte, sei ein langfristiger Trend. Nicht erst seit den letzten Landtagswahlen in Deutschland aber zeigt sich: Das stimmt nicht. Von einer „Trendwende im Meinungsklima“ sprechen nun Forscher_innen der Bertelsmann-Stiftung und des Wissenschaftszentrums Berlin.

Laut ihrem „Populismus-Barometer“ sind der Umfang und die Intensität populistischer Einstellungen in Deutschland stark rückläufig. Dies betreffe vor allem die politische Mitte, heißt es in der Stu-

die. Kehrseite dieser begrüßenswerten Entwicklung sei jedoch die Gefahr einer weiteren Radikalisierung am rechten Rand. Aktuell sind demnach nur noch etwa zwei von zehn Wahlberechtigten in Deutschland (20,9 Prozent) populistisch eingestellt. Das sind 11,8 Prozentpunkte oder etwas mehr als ein Drittel weniger als im November 2018 (32,8 Prozent).

Dass die Menschen nicht mehr so anfällig für populistische Parolen sind, ist demnach eine Entwicklung, die schon vor der Corona-Pandemie eingesetzt hat. Die Krise habe diese Wende in Deutschland zwar stabilisiert und leicht verstärkt. Der Corona-Effekt hat sie jedoch weder ausgelöst, noch war sie ihr alleiniger Treiber. Das war zum einen die nach 2018 „deutlich verbesserte und inklusivere Regie-

rungsarbeit“, so die Studie. Auch die Verhetzung durch Stimmungsmache gegen Flüchtlinge verfängt nicht mehr so: Bei den Populisten nehme die „Effektstärke“ des Themas Migration ab, heißt es in der Studie. Migration bleibe auf der populistischen Agenda, aber im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 etwas gedämpft. Das reduziere die Chancen, einen populistischen Wahlkampf ausschließlich auf die Mobilisierungschancen migrationsfeindlicher Positionen zu stützen. Dumpfe Migrationsfeindlichkeit wirke jedenfalls etwas weniger stark als bei der Bundestagswahl 2017. „Das Thema hat an Dringlichkeit verloren, sogar bei den Populisten“, so die Forscher_innen.

Populismus-Barometer 2020: <https://bit.ly/2ZLhTZ7>

So nutzen junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Medien

Ergebnisse einer WDR-Befragung von 20- bis 45-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund (absteigend sortiert nach Gesamt, in %)

Vertrauen in Informationsangebote (Zustimmung voll/weitgehend)

WDR	66
ZDF	66
ARD/Das Erste	63
Spiegel	61
Youtube	48
RTL	38
Instagram	33
Bild	30
Facebook	30
Twitter	22

Stammnutzer ausgewählter Medienangebote an 4–7 Tagen pro Woche

WhatsApp	92
Youtube	78
Video-Streaming	67
TV	62
Instagram	62
Nachrichten-Apps	56
Facebook	54
Radio	46
TV-Mediatheken	31
Twitter	21
Tageszeitung	21
Zeitschriften	20
Podcasts	19



News + Termine

Tagung „Ankommen am Arbeitsplatz – Integration in den Betrieben in Deutschland“

Ziemlich genau fünf Jahre ist Angela Merkels Credo „Wir schaffen das“ inzwischen alt. Vor dem Hintergrund dieses breit diskutierten Jahrestags zogen auch der DGB und der europäische Gewerkschaftsbund ETUC auf einer Tagung in Berlin eine Zwischenbilanz zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Angesichts der Corona-Krise forderte das DGB Vorstandsmitglied Anja Piel, dass die in den letzten Jahren erzielten Erfolge bei der Arbeitsmarktintegration neu zugewandeter Kolleg_innen keinesfalls gefährdet werden dürften. Entlassungen und sonstigen Verdrängungsprozessen müsse „unbedingt vorgebeugt“ werden, so Piel. Die Vorschläge und Ideen, die die Teilnehmer_innen präsentierten, reichten vom Ausbau bestehender Unterstützungsstrukturen über eine Stärkung der Tarifbindungen bis hin zu Strategien migrantischen Empowerments.

<https://bit.ly/3mtPh0k>

„Dublin“-Regelung: EU-Kommission will Systemwechsel

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat angekündigt, das bisherige Regelwerk zum Asylrecht in Europa abzulösen. „Wir werden die Dublin-Verordnung abschaffen“, sagte von der Leyen im Europaparlament. „Wir werden es durch ein neues europäisches System zur Migrationssteuerung ersetzen.“ Dieses werde „gemeinsame Strukturen zu Asyl und Rückführen“ haben und „einen neuen starken Solidaritätsmechanismus“ beinhalten. Die bisherigen Dublin-Regeln legen fest, dass für Asylanträge grundsätzlich das EU-Land zuständig ist, in dem ein Flüchtling zuerst europäischen Boden betritt. Dies führte dazu, dass Länder an den Außengrenzen der Union in der Flüchtlingskrise vollkommen überlastet waren und dann vielfach Migranten in andere EU-Staaten weiterreisen ließen.

Mittelmeer: Schwere Vorwürfe von Amnesty gegen Malta

Die „gefährlichen und illegalen“ Maßnahmen Maltsa bei der Abweisung von Flüchtlingen hätten möglicherweise zu vermeidbaren Todesfällen geführt, heißt es in einem neuen Bericht von Amnesty International. Der Inselstaat betreibt demnach rechtswidrige Zurückweisungen nach Libyen, die Umlenkung von Booten in Richtung Italien und das illegale Festhalten hunderter Menschen auf schlecht ausgerüsteten Fährschiffen außerhalb der maltesischen Hoheitsgewässer. Malta hatte im Mai 2020 ein Abkommen mit Libyen geschlossen, durch das verhindert werden soll, dass Flüchtlinge aus dem nordafrikanischen Land auf die Insel gelangen. Diese Vereinbarung setze Flüchtlinge nach ihrer Rückführung nach Libyen noch stärker als zuvor der brutalen Behandlung in dortigen Lagern aus, kritisiert Amnesty. Seit Jahresanfang nahm Malta dem Bericht zufolge 2.161 Menschen auf. Die Ressourcen

und Anstrengungen, die Malta dabei aufgebracht habe, seien für ein derart kleines Land „ohne Zweifel beachtlich“, räumt Amnesty ein. Gleichwohl entbinde dies den Inselstaat nicht von seiner Verantwortung, einen sicheren Ort der Unterbringung für die unter seiner Koordination geretteten Menschen auszuweisen.

<https://bit.ly/3c55bcA>

Große Nachfrage nach Nachrichten auf Arabisch und Persisch

Die Nachrichtenplattformen „Amal, Berlin!“ und „Amal, Hamburg!“ haben die Marke von 100.000 Abonnent_innen auf Facebook überschritten. „Wir haben mit Beginn der Corona-Krise einen Boom erlebt“, sagte Projektleiterin Julia Gerlach. Gerade in der Corona-Zeit sei wichtig, dass alle wüssten, was passiert, „auch, wenn sie noch nicht genug Deutsch können, um eine Tageszeitung zu lesen“. Das Portal Amal berichtet seit 2017 auf Arabisch und Persisch tagesaktuell aus Berlin, Hamburg und ganz Deutschland. 14 fest angestellte Journalist_innen aus Syrien, Afghanistan und Iran arbeiten für das Projekt der Evangelischen Journalistenschule.

www.amalberlin.de & www.amalhamburg.de

BaMF: Quote der von deutschen Gerichten kassierten Bescheide wieder gestiegen

Fast jeder dritte ablehnende Asylbescheid, gegen den Betroffene klagen, wurde zuletzt von Verwaltungsgerichten aufgehoben. Das ergab eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke. Im ersten Halbjahr 2020 habe die Quote bei fast 30 Prozent gelegen – nach rund 25 Prozent im Vorjahr. Zwischen Januar und Juni 2020 hätten 7.646 Bescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BaMF) zurückgenommen werden müssen. „Das ist inakzeptabel und ein starkes Indiz dafür, dass das BAMF seine strenge Entscheidungspraxis ändern muss“, sagte Jelpke. Das BAMF selbst sprach gegenüber der Agentur DPA von einer Aufhebungsquote von lediglich 15,2 Prozent, rund 0,7 Prozentpunkte mehr als 2019. Dabei rechnete das BaMF aber alle so genannten „sonstige Erledigungen“ mit ein. Die machen fast die Hälfte aller Entscheidungen des BaMF aus. Dazu zählen etwa Fälle, in denen Asylbewerber ihre Klagen freiwillig zurückziehen oder solche, in denen das BaMF von sich aus nachgebessert hat.

<https://bit.ly/2Ec2XMc>

Interaktive Karte der FAZ: Zuwanderung ab 2015 im Osten stärker spürbar

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat eine interaktive Online-Karte erstellt, auf der die Steigerung des Ausländer_innenanteils von 2012 bis 2019 nach Landkreisen aufgeschlüsselt sichtbar ist. Tatsache sei, „dass die Einwanderung der vergangenen Jahre Teile Deutschlands sichtbar verändert hat – vor allem den Osten des Landes“, so die FAZ. Denn im Osten lebten vor 2015 besonders wenige Zuwander_innen – entsprechend

fielen die Neankömmlinge dort stärker ins Gewicht.

<https://bit.ly/2ZEObVC>

Mehrsprachiges Infomaterial I: Flyer zu Arbeitsschutz in der Fleischverarbeitung

Das Arbeitsministerium von Nordrhein-Westfalen hat Flyer zu Arbeitsrecht, Arbeitsvertrag und Ansprechstellen bei Problemen veröffentlicht. Sie richten sich an Beschäftigte in der Fleischindustrie und liegen in Deutsch, Ungarisch, Rumänisch, Bulgarisch und Polnisch vor.

Download: <https://www.mags.nrw/beschwerde>

Mehrsprachiges Infomaterial II: Audiofiles zu Arbeitsrechten in der Landwirtschaft

Das DGB Projekt Faire Mobilität bietet Audiodateien in Polnisch, Rumänisch, Ungarisch, Bulgarisch und Kroatisch an. Darin werden Fragen zu Arbeitsrechten in der Landwirtschaft während der Corona-Pandemie in verständlicher Sprache beantwortet.

<https://bit.ly/33zqDm7>

Termine

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden

06.–08. Oktober 2020

Veranstaltungsort: Bremen

MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen

24. Oktober 2020

Veranstaltungsort: Kaiserslautern

MENTO-Modul Netzwerkbildung. Kreativ und effektiv netzwerken

10. Oktober 2020

Veranstaltungsort: Eisenach

MENTO-Themenreihe: Grundbildung: Dimensionen der Grundbildung ausloten bis digitale Grundbildung

17. Oktober 2020

Veranstaltungsort: IG Metall Ulm

28. November 2020

Veranstaltungsort: Berlin

MENTO-Modul Netzwerkbildung + Nachhaltigkeit: Kreativ und effektiv netzwerken. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen

12.–14. November 2020

Veranstaltungsort: Bildungszentrum Kirkel

19.–21. November 2020

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Alles Rassisten? Eine neuartige Maßlosigkeit in der Rassismuskritik



© Foto: privat

Kommentar von Levent Tezcan, Professor für sozialwissenschaftliche Erforschung des Islam an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Migrantenkinder melden sich zu Wort. Sie sind gebildet, wortgewandt. Sie wollen den Rassismus anprangern, nicht mehr nur den Rassismus, der von faschistischen Parteien unverblümt propagiert wird; auch nicht den, der noch in Institutionen steckt. Sie wollen ihn aus den entlegensten Ecken der Sprache, Kultur, Erinnerung herauszerren. Sie initiieren #meTwo-Debatten, rufen „Eure Heimat ist unser Albtraum“.

Seit einiger Zeit wird in Deutschland und der Welt heftig über Rassismus diskutiert. Die Debatte scheint dabei auch eine problematische Wendung zu nehmen. Die Rassismus-Kritik führt dann nicht mehr zur Stiftung neuer Solidarität, sondern dient dem Zelebrieren eines affirmierten Opferstatus und droht zur Selbstbestätigung auszuarten. Selbst die Liberalen, gar die Linken, die immer schon ein sicherer Hafen für die Fremden im Lande waren, sind nicht mehr davor gefeit, als Rassisten gebrandmarkt zu werden. Kürzlich sagte in einem Spiegel-Interview die Erziehungswissenschaftlerin DiAngelo, dass sich „mit Liberalen am Schwersten reden“ lasse. Sie würden nicht akzeptieren, dass sie rassistisch sind. Rassismus sei bereits in die Strukturen eingebaut.

Wer nicht Schwarz/PoC ist (und also automatisch ‚Weiß‘), ist demnach unvermeidlich ein Rassist auf-

grund seiner privilegierten Geburt. Wenn er es nicht akzeptiert, dann sei das, selbstgewiss schlussfolgert sie, umso mehr ein Beweis für dessen Verdrängung! Rassismus scheint die neue Ursünde zu sein.

Gewappnet mit dem moralischen Panzer des Minderheitenstatus, sind diese neuen Minderheitsvertreter immer schon im Recht, sprechen sie doch aus Diskriminierungserfahrung. Diskriminierungswahrnehmung, diese scheinbar unbestreitbare Erfahrung stattet ihre Sprecher gleich mit dem moralischen Anspruch aus, bereits dadurch Wahrheit zu sein. Die persönliche Wahrnehmung avanciert zum primären Kriterium für Wahrheit.

Der Autor dieser Zeilen hat das ihm qua Geburt bescherte Glück (!), von der Ursünde Rassismus nicht betroffen zu sein. Als Hochschullehrer genieße ich zweifellos viele Privilegien, die die große Mehrheit der Gesellschaft (ob schwarz, weiß oder türkisch) nicht besitzt. Nach der Logik der neuen Rassismuskritiker kann ich aber meinem germanischen Kollegen, einem beschlagenen Soziologen, der sich von einem Drittmittelantrag zum nächsten bis zur Rente durchschlagen muss, jederzeit seine ‚Privilegien‘ vorwerfen und, bei Bedarf, daraus Rassismus ableiten.

Man muss sich die Logik genau vor Augen führen, die hier am Werke ist: Selbst, wenn ich wollte, könnte ich mich dem neuen kulturellen Gebot „Gestehe, wie rassistisch du bist“ nicht unterziehen. Während ‚Weiße‘ nicht keine Rassisten sein können, kann ich gar nicht rassistisch sein. Welch ein Glück? Ich fühle

mich ganz und gar diskriminiert, wenn mir die Möglichkeit genommen wird, rassistisch sein zu können. Rassistisch sein zu dürfen, ist und bleibt also ein ‚weißes Privileg‘. Der Guru der Micro-Aggressions-These Derhard Wing Sue wollte es etwa nicht gelten lassen, dass ein ‚weißer‘ Lehrer ebenfalls Opfer von Mikroaggressionen gewesen sein wollte. Wie die Soziologen Campbell und Manning in ihrer Studie ‚The rise of victimhood culture. Microaggressions, safe spaces, and the new culture wars‘ angeben, sah er darin einen Missbrauch seines Konzeptes. Werden also politische Positionen nach Herkunft verteilt? Bewegen wir uns dann nicht in gefährlicher Nähe eines zwar nicht rassistischen, wohl aber eines rassistischen Denkens?

Dabei sollten wir viel eher um andere Gefahren besorgt sein. Nicht die in ihrer Bedeutung maßlos dramatisierte Frage „Woher kommst du eigentlich?“, die vermeintlich auf den allgegenwärtigen ‚alltäglichen Rassismus‘ hinweise, gefährdet die Demokratie, sondern die faschistischen Gruppen, die überall in Europa im Vormarsch sind.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

